

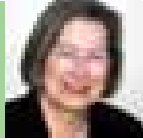
Wahlkompass Umweltpolitik

Greenpeace fragt –
Spitzenpolitiker antworten

Stimmzettel
Für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis für
Ihre Stimme entscheidet

1		Längere Laufzeiten	<input checked="" type="radio"/>
2		Freie Fahrt für Gartechnik	<input type="radio"/>
3		Ausbau Erneuerbarer Energien	<input type="radio"/>
4		Überfischung der Meere	<input type="radio"/>
5		Tempolimit auf Autobahnen	<input type="radio"/>

GREENPEACE



- 3 Editorial
- 4 Umweltpolitik allgemein
- 6 Atom
- 8 Klimaschutz
- 10 Gentechnik
- 12 Chemie
- 14 Verkehr
- 17 Urwald
- 18 Meeresschutz
- 20 Abrüstung und Krieg
- 22 Machen Sie mit!

Liebe Leserinnen und Leser,

in Deutschland herrscht Wahlkampf. Themen wie Steuern und Arbeitslosigkeit werden hitzig diskutiert – Umweltschutz dagegen kaum. Der Schutz von Luft, Wasser, Böden, Klima, Tieren, Wäldern, Meeren, Rohstoffen und der menschlichen Gesundheit ist aber kein Luxus, sondern die Grundlage unseres zukünftigen Lebens überhaupt.

Wer die Wahlprogramme liest, stellt fest: Für Umweltschutz sind alle. Doch jede Partei hat ihre eigene Vorstellung davon. Und wie die aussieht, ist aus den allgemeinen, wohlklingenden Worten nur schwer herauszulesen.

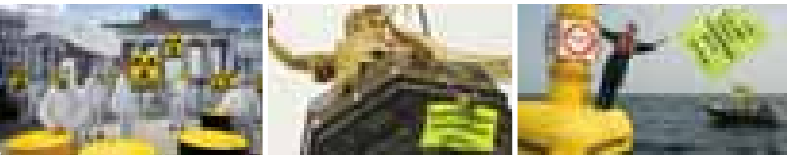
Um Klarheit zu schaffen, haben wir Spitzenpolitikern der wichtigsten Parteien 18 konkrete und manchmal auch persönliche Fragen gestellt. Sie werden sehen: Einige Antworten sind sehr konkret, andere sehr ausweichend. Beides ist aufschlussreich.

Der „Wahlkompass“ soll das Thema Umwelt in diesem Wahlkampf in Erinnerung rufen. Natürlich konnten wir nur einen Bruchteil wichtiger Themen ansprechen – für Greenpeace als Umweltorganisation mit friedenspolitischen Forderungen ist auch „Abrüstung und Krieg“ eines davon.

Machen Sie sich mit dem „Wahlkompass“ selbst ein Bild, wie zukunftsfähig die Parteien sind.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Brigitte Behrens
Geschäftsführerin Greenpeace Deutschland e.V.



Umweltpolitik allgemein

Die **Ökosteuer** fördert den **Klimaschutz**: Seit 2000 ging der Benzinverbrauch erstmals wieder zurück, und die Steuer schaffte Anreize für Unternehmer und Verbraucher, durch mehr Energieeffizienz Geld einzusparen.

Was ist für Sie die größte umweltpolitische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte?



Kauder Das ist nach jetzigem Erkenntnisstand unbestritten die Klimaproblematik.



Müntefering Wir brauchen eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen. Diese Potenziale sind die wichtigsten Quellen für qualitatives Wachstum und verringern unsere Abhängigkeit von Energieimporten.



Westerwelle Klimaschutz und Energieversorgung – auf nationaler Ebene, aber auch mit besonderem Blick auf das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern.



Fischer Der Klimawandel. Schon bei einer Erwärmung von 2 Grad Celsius gibt es erhebliche Risiken für Klima und Ökosysteme. Die ökonomischen und sicherheitspolitischen Folgen unterlassenen Handelns würden enorm sein.



Gysi Klima- und Bodenschutz und die Sicherung sauberen Trinkwassers für alle sind weltweit die größten Herausforderungen für die Umweltpolitik.



Sind Sie für eine Ökosteuer, die die Energiepreise erhöht und dafür Lohnnebenkosten senkt?

Kauder Die Ökosteuer hat mit Ökologie nichts zu tun. Sie wird zum Stopfen der Rentenkassen zweckentfremdet und muss langfristig weg. Wegen der gegenwärtigen Haushaltskrise werden wir aber vorerst mit ihr leben müssen.



Müntefering Unser Konzept der ökologischen Steuerreform belastet den Faktor Energie und entlastet den Faktor Arbeit. Damit gibt es die richtigen Anreize und wird fortgeführt.



Westerwelle Nein, weil die Umwelt davon nicht profitiert, die Reformnotwendigkeit im Rentensystem verschleiert wird und es nur um Mehreinnahmen geht. Die Abschaffung der Ökosteuer bleibt für die FDP auf der Tagesordnung.



Fischer Ja, der Grundgedanke der Steuerverlagerung weg vom Faktor Arbeit, hin zum Faktor Umwelt, bleibt richtig. Wir wollen die Ökologische Steuerreform konsequent zu einer Ökologischen Finanzreform weiterentwickeln.



Gysi Ich bin für eine Ökosteuer, die sozial gerecht ist und deren Einnahmen nur für den ökologischen Umbau genutzt werden.



Greenpeace Höhere Energiepreise und dafür geringere Rentenbeiträge zahlen: So will die Ökosteuer Anreize zu Energiesparen und Klimaschutz liefern, Arbeitsplätze schaffen und dabei die Steuerzahler nicht zusätzlich belasten. Doch trotz ihres Erfolges wurde die unpopuläre

Steuer von der rot-grünen Bundesregierung eingefroren. Greenpeace fordert die weitere schrittweise Erhöhung der Ökosteuer und den Abbau umweltschädlicher Subventionen.

Der Neubau von Atomkraftwerken ist in Deutschland seit 2002 verboten. Sind Sie dafür, ihn wieder zu erlauben?



Kauder Die Union will einen breit gefächerten Energiemix. Wir halten alle Optionen für die Nutzung sämtlicher verfügbaren Energieträger – auch der Kernenergie – offen. Der Bau neuer Kernkraftwerke ist nicht geplant.



Müntefering Nein.



Westerwelle Ich kenne niemanden, der in Deutschland neue Atomkraftwerke bauen will. Die führende Rolle, die Deutschland bei der Sicherheitstechnologie für Kernkraftwerke immer hatte, ist ein wichtiger Standortvorteil.



Fischer Nein. Wir Grünen haben den Ausstieg aus der Atomenergie durchgesetzt. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode vier weitere AKW vom Netz nehmen und bis 2020 das Kapitel Atomenergie endgültig beenden.



Gysi Nein, ich bin für einen kurzfristigen Ausstieg aus der Atomenergienutzung.



Sollten die im Atomausstieg vereinbarten Restlaufzeiten für Atomkraftwerke gekürzt, beibehalten oder verlängert werden?

Kauder Die Betriebsdauer der deutschen Kernkraftwerke wird sich ausschließlich an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus jeder Anlage orientieren.



Müntefering Wir halten am vereinbarten Atomausstieg fest. Bei der Umsetzung wird die Sicherheit des Reaktorbetriebes während der Restlaufzeit im Vordergrund stehen. Die Laufzeiten der AKW sollen nicht verlängert werden.



Westerwelle Über die Laufzeiten bestehender Kernkraftwerke ist allein nach den Erfordernissen der Sicherheit, des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit zu entscheiden.



Fischer Die Grünen werden keiner Laufzeitverlängerung von AKW zustimmen. Besser wäre es aus unserer Sicht, einige AKW sogar früher vom Netz zu nehmen.



Gysi Ich halte Vertragstreue für sehr wichtig, würde also an den getroffenen Vereinbarungen festhalten. Das erwarte ich aber auch von der Gegenseite.



Greenpeace Die 17 deutschen Atomkraftwerke verursachen jedes Jahr 400 Tonnen hochradioaktiven Müll, der für zehntausende von Jahren hermetisch abgeschirmt werden muss. Wo und wie dieser tödliche Müll gelagert werden soll, ist weltweit ungelöst. Schon die von Rot-Grün

vereinbarten Laufzeiten sind unverantwortlich. Ein Atomunfall hätte katastrophale Folgen. Die Pläne von Union und FDP verschärfen das Atomproblem. Greenpeace fordert den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft und den Umstieg auf Erneuerbare Energien.

In Neurath bei Düsseldorf will der Stromkonzern RWE ein Braunkohlekraftwerk bauen, das mehr Kohlendioxid (CO₂) als jedes andere Kraftwerk in Europa ausstößt. Sind Sie für den Bau dieses Kraftwerks?

Beziehen Sie in Ihrem Privathaushalt Strom von einem Ökostromanbieter, der weder Kohle- noch Atomstrom produziert?



Kauder Braunkohle ist ein Energieträger im deutschen Energiemix. Die Genehmigung für den Bau eines Kraftwerks wird nicht bundespolitisch, sondern auf Länderebene getroffen.



Kauder Die Union will einen breit gefächerten Energiemix, der einzelne Energieträger bzw. Energietechnologien weder privilegiert noch willkürlich ausgrenzt. Für die meisten Verbraucher ist der Strompreis relevant.



Müntefering Die SPD wird dafür sorgen, dass der Energieträger Kohle auch mit unseren Klimazielen vereinbar ist. Unser Ziel ist ein emissionsfreies Kraftwerk, in dem CO₂ wirksam abgeschieden und gespeichert werden kann.



Müntefering Mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz haben wir ab 1. Juli 2005 bessere Regeln zur Stromkennzeichnung beschlossen. Ich werde das bei Gelegenheit prüfen.



Westerwelle Die zuständigen Zulassungsbehörden wissen ganz genau, nach welchen Kriterien sie über den Neubau von Kraftwerken zu entscheiden haben. Ein Parteivorsitzender braucht sich da nicht einzumischen.



Westerwelle Sie fragen nach meinem Privathaushalt, und der bleibt privat.



Fischer Grundsätzlich sind wir für den Ersatz von alten durch neuere, effizientere Kraftwerke. Allerdings wären uns Investitionen in Erneuerbare Energien und hocheffiziente Gaskraftwerke lieber.



Fischer Ich beziehe meinen Strom vom regionalen Stromversorger. Er wird umweltschonend und effizient in Berliner Heizkraftwerken im Kraft-Wärme-Kopplung-Verfahren hergestellt.



Gysi Ich bin dafür, deutlich verstärkt erneuerbare Energien zu nutzen und Energiesparpotenziale auszuschöpfen. Dafür ist der Neubau konventioneller Kohlekraftwerke kontraproduktiv.



Gysi Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich Fragen zu meiner Privatsphäre prinzipiell nicht beantworten möchte.



Greenpeace Kohle ist weltweit der Klimakiller Nr. 1. Ihr Abbau verwüstet zudem ganze Landstriche. Selbst modernste Braunkohlekraftwerke stoßen mehr als doppelt so viel CO₂ aus wie Gaskraftwerke. Dabei gehen 57 % der Kohleenergie ungenutzt verloren.

„Emissionsfreie Kraftwerke“ gibt es nicht – Treibhausgase müssen nicht gespeichert, sondern vermieden werden! Greenpeace fordert einen Baustopp für neue Kohlekraftwerke. Altanlagen müssen durch effiziente Gaskraftwerke und Erneuerbare Energien ersetzt werden.

70% der deutschen Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. **95%** wollen eine **Kennzeichnung** für Fleisch- und Milchprodukte, wenn Tiere **mit Gen-Pflanzen gefüttert** worden sind.

(Quelle: Emnid)

Sind Sie für den Anbau von genveränderten Pflanzen in Deutschland?



Kauder Die Anwendung der Grünen Gentechnik darf als eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts nicht länger verhindert werden. Dabei geht es um die Gewährleistung der Koexistenz und um praxisgerechte Haftungsnormen.



Muntefering Die SPD steht für einen verantwortlichen Umgang mit den Potenzialen der Gentechnologie. Dabei müssen wir dafür sorgen, dass keine irreversiblen Prozesse eingeleitet werden ohne exakt alle Risiken zu kennen.



Westerwelle Die Potenziale der Grünen Gentechnik, z. B. um die Unterernährung in armen Ländern zu bekämpfen, sind vielfältig und müssen genutzt werden. Das rot-grüne Gentechnikgesetz gehört deshalb umgehend abgeschafft.



Fischer Genpflanzen widersprechen unserem Ziel einer zukunftsfähigen und sozial nachhaltigen Landwirtschaft. Ein generelles Verbot in Deutschland ist aber leider mit dem derzeit geltenden EU-Recht nicht vereinbar.



Gysi Da die Risiken des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen nicht in vollem Ausmaß bekannt sind, habe ich eine sehr kritische Distanz dazu.

Greenpeace Gentechnik vermischt Gene von Tieren und Pflanzen, die sich von Natur aus nie kreuzen würden. Die Risiken für Mensch und Umwelt sind ungeklärt. Gentechnik gefährdet die Artenvielfalt ebenso wie die Existenz von Biobauern und konventionellen

Würden Sie genveränderte Lebensmittel ohne Bedenken essen?

Kauder Ja, ohne Bedenken. Bisher wurde wissenschaftlich nichts Nachteiliges nachgewiesen. Im Sinne der Verbraucher muss es aber exakte Kennzeichnungen geben, damit dies jeder für sich selbst entscheiden kann.

Muntefering Wie die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher esse ich lieber genetisch unveränderte Lebensmittel.

Westerwelle Die umfangreichen Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Kulturpflanzen sichern die Unbedenklichkeit der aus ihnen hergestellten Nahrungs- und Futtermittel.

Fischer Genlebensmittel bergen potenzielle Risiken für die Gesundheit. Deshalb, und weil es einfach viel besser schmeckt, esse ich am liebsten Lebensmittel aus biologischem Anbau und artgerechter Tierhaltung.

Gysi Nein, ich halte es für unerlässlich, dass die Kennzeichnungspflicht unbedingt eingehalten wird, so dass jede und jeder bewusst selbst entscheiden kann.

Landwirten, die gentechnikfrei produzieren. Und das Hungerproblem lässt sich nicht durch Technik lösen. Greenpeace fordert den Stopp der Freisetzung von Gen-Pflanzen und den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft.

Glauben Sie, dass Verbraucher und Umwelt ausreichend vor Chemikalien geschützt sind?



Kauder Ja. Sollte die Wissenschaft in Einzelfällen zu anderen Ergebnissen kommen, ist Handeln der Politik erforderlich. Für vorbeugenden Schutz sorgen Zulassungsverfahren.



Müntefering Produkte sollen gesundheitsverträglich, langlebig, wiederverwendbar, recyclingfähig und schadlos zu beseitigen sein. Dafür wollen wir Ziele für mehr Produktverantwortung setzen.



Westerwelle Umwelt- und Gesundheitsschutz sind bei uns auf einem sehr hohen Niveau. Das soll so bleiben. Wir müssen aber aufhören, Gefahren ständig zu dramatisieren und im technischen Fortschritt nur die Risiken zu sehen.



Fischer Nein. Für viele der produzierten Chemikalien liegen bis heute keine ausreichenden Daten vor. Andere anerkannt gefährliche Chemikalien werden in großen Mengen produziert, ohne dass bekannt ist, wo sie verbleiben.



Gysi Da ständig neue Stoffe in den Produkten auftauchen, die auch immer neue Wirkungskombinationen möglich machen, ist es eine Daueraufgabe, ausreichenden Schutz zu sichern.



Sind Sie dafür, die Chemieindustrie zu verpflichten, mehr Informationen über alle von ihr hergestellten Chemikalien zu liefern und gefährliche Stoffe schnellstmöglich vom Markt zu nehmen?

Kauder Auf europäischer Ebene wird derzeit ein Verordnungsentwurf für eine neue Chemikalienpolitik beraten. Die so genannte REACH-Verordnung wird künftig europaweit den Umgang mit Chemikalien regeln.



Müntefering Die SPD unterstützt die Ziele des von der EU vorgelegten Gesetzes zur Kontrolle von Chemikalien. Wir wollen das Nachhaltigkeitsprinzip als Leitgedanken für den umweltgerechten Umgang mit chemischen Stoffen.



Westerwelle Wenn dies aus Gesundheits- und Umweltschutzgründen erforderlich wäre, ja. Vermieden werden muss aber, dass Unternehmen an Standorte vertrieben werden, deren Sicherheitsniveaus weit unter unserem Niveau liegen.



Fischer Ja. Hersteller müssen zur Prüfung und Anmeldung ihrer Chemikalien verpflichtet werden, bevor diese auf den Markt kommen. Außerdem sind Anreize notwendig, dass neue, ungefährliche Chemikalien entwickelt werden.



Gysi Ich begrüße, dass die EU die REACH-Verordnung gegen viele Widerstände auf den Weg gebracht hat. Damit kann das Gefährdungspotenzial von Chemikalien besser beurteilt und entsprechend reagiert werden.



Greenpeace Kinderspielzeug, Kosmetika, Kleidung, Obst und Gemüse sind mit Chemikalien belastet. In der Muttermilch einer EU-Bürgerin befinden sich über 300 Schadstoffe. Wie sie als Gemisch wirken, ist unbekannt. Trotzdem wird die Chemikalienreform der EU von fast

allen Parteien als wirtschaftsfeindlich blockiert. Greenpeace fordert ein Vermarktungsverbot für gefährliche Chemikalien, Essen ohne Pestizidrückstände, bessere Information der Verbraucher und die zügige Umsetzung der EU-Chemikalienreform REACH.

Der Durchschnittsverbrauch der deutschen Autoflotte stagniert bei **8,4 Liter/100 km**. Höhere Motoreffizienz wird durch mehr Gewicht und PS „aufgefressen“: **Seit 1975** hat sich das durchschnittliche **Autogewicht fast verdoppelt**.

Deutschland ist nicht nur in der EU, sondern weltweit das einzige Land ohne generelles Tempolimit auf Autobahnen. Sind Sie dafür, ein solches Tempolimit einzuführen?



Kauder Die Union hält viel von flexiblen, auf die jeweilige Verkehrssituation abgestimmten Tempobegrenzungen, weil sie – anders als starre Tempolimits – der Verkehrssicherheit besonders dienen.



Müntefering Nein.



Westerwelle Nein. Die Richtgeschwindigkeit von 130 km/h hat sich bewährt. Die Frage der angemessenen Geschwindigkeit sollte man nicht generell, sondern in Abhängigkeit vom Verkehrsaufkommen beantworten.



Fischer Aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes ist eine EU-weite Harmonisierung der Höchstgeschwindigkeit für PKW auf Autobahnen notwendig.



Gysi Ja, dies trägt sowohl zum Klimaschutz als auch zur Energieeinsparung bei. Außerdem würde es weniger Unfälle geben.



Sind Sie dafür, Autos nach Spritverbrauch statt nach Hubraum zu besteuern und Verbrauchsobergrenzen für Neuwagen festzuschreiben?

Kauder Gegenüber Vorschlägen, die hier weitere Fortschritte bringen, sind wir sehr aufgeschlossen. Wir können aber Änderungen an der Kfz-Steuer nur im europäischen Kontext und in Abstimmung mit den Bundesländern vornehmen.



Müntefering Wir wollen sparsame Autos mit effizientem Kraftstoffeinsatz und einen Umstieg auf erneuerbare Kraftstoffe. Gemeinsam mit der Industrie werden wir eine zukunftsfähige Kraftstoffstrategie entwickeln.



Westerwelle Nicht das Halten, sondern das Fahren von Autos sollte – bei Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer – Besteuerungsgrundlage sein. Verbrauchsobergrenzen für Neuwagen halten wir nicht für sinnvoll.



Fischer Wir fordern eine Umstellung der Kfz-Steuer gemäß dem CO₂-Ausstoß und EU-weite ambitionierte Verbrauchsgrenzwerte.



Gysi Ja.



Greenpeace Die Verkehrslawine rollt auch in Deutschland: Im Vergleich zu 1997 wird bis 2015 der Lkw-Verkehr um 71 % und der Pkw-Verkehr um 16 % steigen, der Flugverkehr wird sich verdoppeln. Die Folge: noch mehr Emissionen von CO₂, Luftschadstoffen und Lärm.

Greenpeace fordert eine CO₂- und gewichtsbezogene Kfz-Steuer sowie Verbrauchsobergrenzen für Neuwagen. Steuervorteile für Kerosin und Diesel müssen ebenso wie die Eigenheimzulage abgeschafft werden.

Die dreifache Fläche der Schweiz geht jährlich durch Abholzung und Brandrodung verloren. Alle 2 Sek. verschwindet Urwald von der Größe eines Fußballfeldes.

Sind Sie für die Streichung von verkehrsfördernden und umweltschädlichen Subventionen wie Pendlerpauschale, Eigenheimzulage und Steuerbefreiung für Kerosin?

Wie wollen Sie Verbraucher so informieren, dass sie mit dem Kauf von Papier oder Gartenmöbeln nicht indirekt die Abholzung von Urwäldern unterstützen?

CDU/CSU



Kauder Bei dem neuen von der Union geplanten Steuersystem liegt die Priorität auf Vereinfachung und mehr Gerechtigkeit. Subventionen sollen so weit wie irgend möglich zurückgenommen werden.



Kauder Das 6-Punkte-Programm von CDU/CSU zum Schutz der Tropenwälder sieht unter anderem ein Import-, Handels- und Verarbeitungsverbot von Tropenhölzern ohne Genehmigung vor.



SPD



Müntefering Die Streichung der Eigenheimzulage als größte Einzelsubvention ist in der SPD beschlossene Sache. Wir wollen die freiwerdenden Mittel in Bildung und Forschung investieren.



Müntefering Die SPD setzt sich weiter für ein wirksames Verbraucherinformationsgesetz ein, das den Verbrauchern Zugang zu wichtigen Informationen verschafft und ihnen eine Rolle als gleichberechtigte Partner garantiert.



FDP



Westerwelle Steuerliche Sondertatbestände werden von uns abgebaut, wenn zugleich die Steuersätze sinken.



Westerwelle Verbraucher können über Zertifikate informiert werden, von denen es mehrere auf dem Markt geben kann. Die Bevorzugung eines bestimmten Zertifikatsystems durch den Staat führt nicht zu besserem Urwaldschutz.



B'90/GRÜNE



Fischer Wir wollen die Pendlerpauschale deutlich verringern, die Eigenheimzulage abschaffen und die steuerlichen Vorteile des Fliegens wie z. B. die Kerosinsteuerbefreiung abbauen.



Fischer Ein entscheidendes Instrument zur Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung ist die freiwillige forstliche Zertifizierung. Am sichersten ist das FSC-Logo, das direkt am Produkt angebracht ist.



Linkspartei



Gysi Die Steuerbefreiung für Kerosin ist zu streichen. Die Pendlerpauschale muss gerade mit dem Blick auf den Osten Deutschlands ökologisch umgestaltet werden, die Eigenheimzulage soll gestrichen werden.



Gysi Möbel und Papier sollten die entsprechenden Umweltsiegel deutlich sichtbar tragen. Die Sicherheit der Verbraucher würde durch die internationale Vereinheitlichung der Vergabekriterien verbessert.



Greenpeace 80% der Urwälder sind bereits von der Erdoberfläche verschwunden. Nicht nur das Weltklima, auch die Artenvielfalt hängt von ihnen ab: Drei Viertel aller Tier- und Pflanzenarten an Land leben in Wäldern. Im brasilianischen Amazonasurwald sind rund 80% der

Holzinschläge illegal. Greenpeace fordert großflächige Schutzgebiete, deren ausreichende Finanzierung sowie ein Import- und Handelsverbot für Urwaldholz aus Raubbau und illegalen Einschlägen.

Meeresschutz

Weltweit sind **75 %** der kommerziell gehandelten Fischarten **maximal genutzt, überfischt oder bereits zusammengebrochen**. Bis zu 30 % der Fänge werden als unerwünschter **Beifang** tot oder verletzt über Bord geworfen.

Verzichten Sie persönlich auf den Verzehr von bedrohten oder ökologisch bedenklichen Fischarten wie Lachs, Scholle, Rotbarsch, Thunfisch oder Shrimps?

Würden Sie auf EU-Ebene aktiv werden gegen Tiefseefischerei, die mit riesigen Schleppnetzen den Meeresgrund zerstört?



Kauder Mit persönlichen Selbstverpflichtungen wird man dieses Problem nicht lösen können. Artenschutz muss ähnlich wie beim Schutz der Wale durch internationale Abkommen erfolgen, die strikt überwacht werden müssen.

Kauder Auch hier gilt, dass man genau analysieren muss, wie man dieses Problem erfolgsorientiert löst.



Müntefering Das kann ich mir in meiner derzeitigen Lebenssituation nicht immer aussuchen. Häufig esse ich einfach das, was auf den Tisch kommt.

Müntefering Ich bin Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Deutschland. Auf EU-Ebene haben wir auch eine Fraktion von engagierten Sozialdemokraten, die dort für eine nachhaltige Wirtschaftsweise streiten.



Westerwelle Wieder fragen Sie mich persönlich, und auch für meinen Kühlschrank gilt, dass sein Inhalt meine Privatsache ist.

Westerwelle Europa muss mehr tun, um die negativen Auswirkungen der Tiefseefischerei mit Schleppnetzen zu verringern.



Fischer Ich versuche mein Bestes als Verbraucher. Es ist notwendig, generell nur Fisch zu verzehren, der durch eine nachhaltig betriebene Fischerei gewonnen wurde. Es empfiehlt sich also nach der Herkunft zu fragen.

Fischer Ja, unbedingt. Das weltweite Verbot der Fischerei mit Grundschleppnetzen ist eine überaus wichtige Aufgabe, die wir in der Europapolitik durchsetzen müssen.



Gysi Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich Fragen zu meiner Privatsphäre prinzipiell nicht beantworten möchte.

Gysi In dieser Frage sind die Vertreterinnen und Vertreter der Linkspartei schon in der EU tätig geworden. Fischereimethoden, die den Lebensraum der Meeresbewohner aufs Spiel setzen, lehne ich ab.

Greenpeace Meeresschutz fängt beim Einkauf an: Für die Zucht von Shrimps (Garnelen, Scampi, Gambas) werden Mangrovenwälder zerstört. Die Tiere werden mit Antibiotika und Chemikalien vollgepumpt. Ein Drittel der Weltfischfänge wird zu Tierfutter für Garnelen, Lachse,

Hühner oder Schweine verarbeitet. Zugleich werden die Meere durch Ölförderung, Schiffsverkehr und Abwässer stark belastet. Greenpeace fordert großflächige Meeresschutzgebiete und ein weltweites Verbot zerstörerischer Grundschleppnetze.

Abrüstung und Krieg

In Deutschland sind ca. **150 US-Atomwaffen** stationiert, jede mit der vielfachen Sprengkraft der Hiroshimabombe. Im Ernstfall sind deutsche NATO-Soldaten verpflichtet, solche Bomben zum Einsatzort zu fliegen.

Sind Sie für den sofortigen Abzug der amerikanischen Atombomben aus Deutschland?



Kauder Diese Frage muss unter Berücksichtigung der weit über unsere Grenzen hinausgehenden Bedrohungssituation im Rahmen der NATO geprüft und beraten werden.



Müntefering Für den Abzug amerikanischer Atombomben aus Europa sollte ein Konsens aller beteiligten NATO-Staaten herbeigeführt werden. Eine einseitige Entscheidung würde das Problem für Europa nicht lösen.



Westerwelle Ja. Es war die FDP, die die Forderung nach Abzug der taktischen US-Nuklearwaffen aus Deutschland im Frühjahr als erste aufgebracht hat.



Fischer Die Bündnisgrünen fordern, dass die hier stationierten Atomwaffen abgezogen und unschädlich gemacht werden. Dadurch tragen wir zur Entstehung einer atomwaffenfreien Zone in Europa bei.



Gysi Ja. Ein Verzicht auf Kernwaffen der Atommächte wäre ein sehr wichtiger Abrüstungsschritt. Die Bundesrepublik soll sich dafür innerhalb der UNO, der NATO und der EU einsetzen.



Im Rückblick betrachtet: War der Krieg gegen den Irak Ihrer Meinung nach gerechtfertigt?

Kauder Unsere damalige Position war: Basis aller Maßnahmen muss ein klares und eindeutiges Mandat des UN-Sicherheitsrates sein. Fakt ist heute: Die jahrzehntelange Gewaltherrschaft im Irak ist beendet.



Müntefering Nein. Die Position der SPD-geführten Bundesregierung und der SPD war, ist und bleibt richtig. Mehr noch: Die Intervention im Irak war für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus kontraproduktiv.



Westerwelle Die FDP war gegen den Irakkrieg, gerade weil kein klares Mandat des Sicherheitsrates vorlag. An dieser Bewertung hat sich auch im Rückblick nichts geändert.



Fischer Die Grünen und die Bundesregierung vertraten von Anfang an die Auffassung, dass ein Irakkrieg nicht zu rechtfertigen ist. Die Irakkrieg-Koalition hat die UN und die Bündnispartner bewusst in die Irre geführt.



Gysi Nein, weder der Irakkrieg noch der Krieg mit deutscher Beteiligung in Jugoslawien. Es gibt keine gerechten Kriege und auch keinen zu rechtfertigenden Kriegsbeginn.



Greenpeace Weder die Massenvernichtungswaffen, die nie gefunden wurden, noch die „Demokratisierung“ der Region, sondern der Zugang zu den Ölreserven war Hauptmotiv des Angriffskrieges der USA gegen den Irak. In den USA selbst lagern rund 7.000 einsatzbereite

Atomsprengköpfe und weitere 3.400 in Reserve, in Russland sind es fast 8.000. Greenpeace fordert die weltweite atomare Abrüstung aller etwa 30.000 Atomwaffen, zu der die Bundesregierung mit dem Abzug aller Nuklearwaffen aus Deutschland beitragen muss.

Machen Sie mit!

Wenn Sie den „Wahlkompass“ an Freunde oder Bekannte weitergeben möchten, können Sie ein oder mehrere Exemplare bei Greenpeace **kostenlos bestellen: Tel. 040/306 18-0**

Umweltpolitik findet nicht nur in Berlin statt!

Fühlen Sie Ihrem Kandidaten auf den Umwelt-Zahn. Wie halten es die Bundestagskandidaten aus Ihrem Wahlkreis mit der Atom- und Gentechnik? Auf www.einkaufnetz.org können Sie diese Fragen zur Umweltpolitik schnell und einfach per E-Mail an die Bundestagskandidaten vor Ort richten. Die Antworten der Kandidaten werden wir sammeln und im Internet veröffentlichen.

Wenn Sie mehr über die Umweltthemen dieser Broschüre erfahren wollen, besuchen Sie unsere Internetseite: www.greenpeace.de

Den Greenpeace „Wahlkompass“ können Sie auch im Internet als PDF-Datei abrufen unter: www.greenpeace.de/wahlkompass

Unterstützen Sie die Arbeit von Greenpeace!
Postbank Hamburg Kontonummer: 206 1 206 BLZ: 200 100 20



Anmerkung der Redaktion

Wir mussten an einigen Stellen die Antworten der Kandidaten kürzen, da sie den vorgegebenen Zeichenumfang überschritten. Alle vollständigen Antworten finden Sie ebenfalls unter der Internetadresse: www.greenpeace.de/wahlkompass

Impressum

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg, Tel. 040/306 18-0;
V. i. S. d. P.: Stefan Krug; Politische Vertretung Berlin,
Marienstr. 19–20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0;
mail@greenpeace.de; www.greenpeace.de
Fotos: S. 2: D. Rosenthal, P. Langrock, P. Reynaers, S. 3: H. Schneider;
S. 22: B. Arnold, P. Langrock, V. Hunter; S. 23: P. Langrock; alle (c):
Greenpeace, diekoordinaten GbR, CDU, SPD-Parteivorstand,
FDP-Bundespartei, Bündnis 90/Die Grünen, Linkspartei.PDS
Gestaltung: diekoordinaten GbR, Kiel
Druck: Kröger Druck, Kronskamp 138, 22870 Wedel;
gedruckt auf 100 % Recyclingpapier



Wahlkompass Umweltpolitik

Sie haben die Wahl



- Sollen Atomkraftwerke länger laufen?**
- Soll der Agro-Gentechnik in Deutschland zum Durchbruch verholfen werden?**
- Sollen Chemikalien besser untersucht werden?**

Auch diese Fragen stehen im September zur Wahl. Machen Sie sich Ihr eigenes Bild davon, was die Parteien mit Ihrer Umwelt vorhaben. Greenpeace hat bei Spitzenpolitikern der Parteien nachgefragt, wie sie es mit dem Umweltschutz halten. Die Antworten finden Sie in dieser Broschüre.

